

INTEGRATION

INTEGRATIONSGIPFEL

Angela Merkel: „Die Vorurteile müssen raus aus den Köpfen“

Sabah, 29.05.2013, S. 15

Gestern fand zum sechsten Mal der Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt statt. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte, dass es immer noch Vorurteile gegen Ausländer in Deutschland gibt: „Die Vorteile gegenüber Migranten müssen raus aus den Köpfen“, erklärte Merkel deshalb. In Deutschland leben 16 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund. Sie machen insgesamt 20% der gesamten Bevölkerung aus.

„Keine Wiederholung“

Angela Merkel erklärte darüber hinaus: „Die Gesellschaft muss eine gewisse Offenheit entwickeln. Wir möchten eine Integrationsnation sein.“ Merkel wies in diesem Zusammenhang auf die Morde des Terrornetzwerks der NSU und dem 20. Gedenktag der Brandanschläge von Solingen hin. Es dürfe nie wieder zu solchen Ereignissen kommen und es müsse alles dafür getan werden, dass so etwas nie wieder passiert.

Treffen mit Kolat

Kenan Kolat, der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland sagte, dass es in Deutschland nach wie vor ein Rassismus Problem gibt.

Er traf sich mit der Bundeskanzlerin. Nach dem Treffen erklärte sie: „Ich habe mich mit Kenan Kolat darüber unterhalten. Wir werden diesbezüglich nicht die Köpfe in den Sand stecken. Wir müssen die Probleme in die Hand nehmen und gemeinsam lösen.“

Die Bundeskanzlerin fordert Chancengleichheit für Unternehmer mit Migrationshintergrund

Merkel erklärte, dass Unternehmer aus Migrantenfamilien strukturelle Benachteiligungen in der Kreditvergabe erfahren. Sie forderte die Beseitigung dieser strukturellen Benachteiligung. Der Vorsitzende des Verbands türkischer Industrieller und Unternehmer in Europa (ATIAD) Recep Keskin wies darauf hin, dass in Europa 700 000 Arbeitgeber mit einem Migrationshintergrund die Arbeitsplätze von 2,5 Millionen Menschen sichern.

Treffen mit Hinterbliebenen der NSU-Opfer

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel möchte sich noch vor der großen Sommerpause mit den Hinterbliebenen der Opfer der NSU-Morde treffen. Während des

Integrationsgipfels sprach Merkel sowohl über die NSU-Morde als auch über den 20. Gedenktag an die Anschläge von Solingen:

„Rassismus ist etwas, das unbedingt bekämpft werden muss. Allerdings kann keine Rede davon sein, dass es in unserem Land keine Probleme damit gibt. Rassismus muss auch innerhalb der Gesellschaft diskutiert werden.“

Merkel betonte, dass auch der Begriff Integration nach und nach eine Veränderung erfährt. Sie sei überzeugt, dass in Zukunft anstatt über Integration stärker über die Begriffe Partizipation und Einheit gesprochen werden könnte.

Kenan Kolat erklärte abschließend zum Integrationsgipfel: „Auch wenn es nach dem Gipfel nicht zu konkreten Ergebnissen gekommen ist, so hat die Bundeskanzlerin das erste Mal den Rassismus als gesellschaftliches Problem bezeichnet.“

Maria Böhmer:

„Wir benötigen eine Willkommenskultur“

Sabah, 28.05.2013, S. 16

Staatsministerin Maria Böhmer erklärt vor dem Beginn des Integrationsgipfels: „Wir benötigen eine echte Willkommenskultur in Deutschland, die für die gesamte Gesellschaft wichtig ist.“

Die Integrationsbeauftragte des Bundes Maria Böhmer gab im Gespräch mit der Passauer Neuen Presse an, dass: „Migration und Integration müssen Hand in Hand gehen.“

Böhmer erklärt, dass die zum gegenwärtigen Zeitpunkt stattfindende neue Einwanderung nach Deutschland zwar überwiegend aus hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten bestehe, sie jedoch nicht allein gelassen werden dürfen: „Sie benötigen spezielle Integrationsprogramme, wie beispielsweise Sprachkurse, die ihnen den Einstieg in unser Land erleichtern.“

Zum Auftakt des heute zum sechsten Mal stattfindenden Integrationsgipfels in Berlin wies Maria Böhmer auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Gipfels hin. Böhmer betonte darüber hinaus, dass in keinem anderen Land weltweit ein ähnlicher Gipfel stattfinden würde. Überdies ist die Einladung von seitens der Bundeskanzlerin ein Alleinstellungsmerkmal:

„Wir sprechen nicht übereinander, sondern miteinander. Wir haben bisher schon sehr viel erreicht und werden nun die Ergebnisse beleuchten“, so Böhmer.

Kritische Stimmen

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) kritisiert die geringe bis fehlende Anzahl der Angestellten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst. Die TGD hat deshalb einen Gesetzesentwurf vorbereitet, um die Anzahl der Angestellten im Öffentlichen in Deutschland zu erhöhen.

Kenan Kolat Bundesvorsitzender der TGD fordert deshalb eine Änderung der Aufenthaltsregel sowie Neuerungen zum schnelleren Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, da die nach Deutschland migrierenden Einwanderer bereits in ihren Heimatländern Deutschkurse erfolgreich mit Blick auf ihre Einreise absolvieren müssen.

Kolat plant, den Gesetzesentwurf während des Integrationsgipfels Bundeskanzlerin Angela Merkel zu überreichen.

Verspätete Forderung

Memet Kılıç, MdB (Die Grünen) und Sprecher für Integrations- und Migrationspolitik kritisiert, dass die Forderung von Maria Böhmer nach einer Willkommenskultur zu einem verspäteten Zeitpunkt kommt. Kılıç erklärt, dass in einer Willkommenskultur die doppelte Staatsbürgerschaft unabdingbar ist:

„Es reicht nicht aus, die Migranten dazu aufzurufen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die Bundesregierung muss sich auch zur Aufgabe machen, den Erhalt der ersten Staatsbürgerschaft zu gewährleisten und zu schützen.“

GEDENKEN AN DEN BRANDANSCHLAG VON SOLINGEN

Rita Süßmuth: Vernunft und Liebe vereinigen Muslime und Christen

Zaman, 29.05.2013, Titelseite

Vor 20 Jahren sind in Solingen fünf Türken, darunter drei Kinder, ums Leben gekommen, nachdem sie Opfer rassistischer Angriffe wurden. Den Anschlägen, die sich in diesem Jahr zum 20. Mal jähren, werden auf unterschiedlichen Gedenkveranstaltungen gedacht. Während einer Gedenkveranstaltung in Bonn, nahm auch die Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth teil. Sie erklärte, dass die Hinterbliebenen der Familie Genç, durch ihre Appelle an die Nächstenliebe und an den Respekt untereinander wesentlich zum Zusammenhalt zwischen Muslimen und Christen beigetragen haben. Weitere Rednerinnen und Redner appellierten an die Vernunft und die Sensibilität der Öffentlichkeit und in den Medien.

In der ehemaligen Hauptstadt Bonn wurde die Gedenkveranstaltung „Wo stehen wir 20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen?“ veranstaltet. Die Experten beleuchteten, ob rassistische Angriffe insgesamt zugenommen haben und welche

gesellschaftliche sowie politische Atmosphäre zu dem damaligen Zeitpunkt vorherrschend waren. Darüber hinaus wurde auch ein Fokus auf die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation gelegt.

Die Bundestagsvorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth erklärte, dass man insgesamt an einem deutlich positiveren Punkt angelangt sei, die Ansichten von Thilo Sarrazin allerdings weiter verbreitet sind, als es Intellektuelle vermutet haben:

„Wenn wir unsere Zukunft nicht verlieren möchten, dann müssen wir neue Seiten in Schulbüchern und in Europa schaffen.“

Süßmuth zollte sowohl ihre Bewunderung als auch ihren Respekt gegenüber der Familie Genç. Süßmuth erklärte überdies: „Das Gift des Rassismus befindet sich inmitten unserer Gesellschaft. Der Mensch verschließt die Augen vor den Dingen, die ihm nicht gefallen und verhält sich so, als ob es sie nicht gäbe. Aus diesem Grund müssen wir umso vorsichtiger sein.“

Dieses Jahr jährt sich der 20. Gedenktag an den Brandanschlag in Solingen. Seit dem Januar dieses Jahres werden die Ereignisse von Solingen mit unterschiedlichen Formend gedacht.

In Deutschland wird zum 20. Jahrestag des rassistischen Anschlags von Solingen gedacht

Sabah, 29.05.2013, S. 16

Der rassistisch motivierte Brandanschlag in Solingen gilt als Gipfel des Fremdenhasses in Deutschland. Die Gedenken an Solingen finden seit Januar bis zum Jahresende statt. Die Hauptgedenkfeier findet heute um 15:00 in Solingen in der Konzert- und Theaterhalle statt. An der Gedenkfeier werden der türkische Vizepremier Bekir Bozdağ, die Integrationsbeauftragte des Bundes Maria Böhmer, die nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung Silvia Löhrmann, der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith und der türkische Botschafter Hüseyin Avni Karşlıoğlu aus Berlin teilnehmen.

Bozdağ wird vor der Gedenkfeier die Familie Genç besuchen in ihrem Zuhause besuchen. Vor der Hauptgedenkfeier werden Schülerinnen und Schüler in Solingen an verschiedenen Orten Gedenkmärsche veranstalten. Gestern fand ein Gedenkmarsch statt, der seinen Ausgangspunkt im ehemaligen Haus der Familie Genç besitzt und am Mercimek-Platz enden wird. Die Organisatoren des Gedenkmarsches sind die DITIB Moschee und die Gemeinde Solingen.

Am 29. Mai starben infolge des rassistischen Brandanschlags aus der Familien Genç Gülsün Ince (28), Hatice (19), Hülya (9) und die in Deutschland zu Besuch anwesenden Kusine Gülistan Öztürk (12).

Der durch den Brandanschlag schwer verletzte Bekir Genç wurde bisher 22 Mal operiert. Das sich an die Morde von Solingen anschließende Verfahren am Düsseldorfer Oberlandesgericht, dauerte insgesamt eineinhalb Jahre.

Drei der Brandstifter wurden zu zehn Jahren Freiheitsstrafe nach Jugendstrafrecht, andere zu 15

Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Im Moment befinden sich alle wieder auf freiem Fuß.

Geduldssymbol

Trotz dieses schweren Verlusts entschloss sich die Familie Genç dazu, Solingen nicht zu verlassen. Sie setzten sich seitdem für den Friedens- und Freundschaftsdialog ein. Vor allem Mevlüde Genç (*die Mutter der Hinterbliebenen, Anm. M. K.*) ist zu einem Symbol für Frieden, Geduld und Freundschaft in Deutschland geworden. Mevlüde Genç wurde von der CDU für die Delegation zur Wahl der letzten Bundespräsidentenwahl ausgewählt, an der sie sich beteiligte.

Bis zur Katastrophe war Solingen vor allem für die Produktion seiner Qualitätsmesser bekannt. Solingen wurde nach dem Brandanschlag mit den rassistischen Taten stetig in Verbindung gebracht.

Allerdings spielte die Stadt Solingen insbesondere in ihrem Bemühen gegen den Rassismus und ihren Einsatz im Bereich Integration eine wesentliche Rolle.

Silvia Löhrmann: „Wir brauchen eine Respektkultur“

Die nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung sowie stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann erklärte zum 20-jährigen Gedenken an die Ermordungen in Solingen, dass es den Migranten gegenüber eine Kultur der Anerkennung und des Respekts bedarf.

Löhrmann betonte, dass sich Deutschland aus verschiedenen Kulturen, Altersgruppierungen und Geschlechterzugehörigkeiten zusammensetzt:

„Aus diesem Pluralismus besteht Deutschland und diese Vielfalt ist unser großer Vorzug.“

Memet Kılıç: „Der Schatten des Rassismus verfolgt uns immer noch.“

„Memet Kılıç (MdB, Grünen) erklärte hingegen: „Der Rassismus verfolgt uns immer noch.“ Kılıç wies auf die Versäumnisse im Zusammenhang mit der Aufdeckung der NSU hin. Diese seien wiederholt Beispiele von Tatsachen für das wirkungslose Bemühen gegen den Rassismus.

Hakan Taş: „Die rassistischen Motive sind verkannt worden.“

Der Abgeordnete der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus Hakan Taş fordert eine grundsätzliche Veränderung im Bemühen gegen den Rassismus in Deutschland. Taş, der an die Brandanschläge in Mölln und Solingen erinnerte, sagte: „Rassistische Hintergründe und das Ausmaß des gesellschaftlichen Rassismus wurden vielfach ausgeblendet und nicht in Erwägung gezogen.“

Eberhard Pohl: „Beide Länder wurden davon stark beeinflusst.“

Der deutsche Botschafter in Ankara, Eberhard Pohl erklärte, dass die Katastrophe von Solingen sowohl die

Türkei als auch Deutschland in ihrem Mark erschüttert und zu tiefen Wunden geführt hat.

Integration darf nicht dazu führen, dass die deutsche Kultur aufgezwungen wird

Zaman, 27.05.2013, S. 4

Der zwanzigste Jahrestag des Brandanschlags in Solingen, bei dem fünf Türken ums Leben kamen, wurde während einer Gedenkfeier gedacht.

Während der Gedenkveranstaltung sprach auch der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith. Feith betonte, dass in Solingen der Rassismus nie wieder Platz erhalten darf.

Der nordrhein-westfälische Integrationsminister, Guntram Schneider (SPD), sagte:

„Rassismus ist kein Problem, dass nur in Deutschland zu Hause ist, sondern ein weltweites Problem. Die Gründe liegen in den ungleichen sozialen Verteilungen.“

Die nordrheinwest-fälische Ministerin für Schule und Weiterbildung Silvia Löhrmann betonte den Bedarf an der Systematisierung von Antirassismusprogrammen. Löhrmann erklärte weiter, dass Integration keinesfalls eine Sackgasse sei.

Der Düsseldorfer Generalkonsul Fırat Sunel forderte hingegen verstärkte Sicherheitsmaßnahmen von seitens der Politik, da die zunehmenden rassistischen Angriffe in Deutschland Anlass zur Sorge und zu Beunruhigungen sind.

Mevlüde Genç, die bei dem Brandanschlag vor 20 Jahren zwei Töchter, zwei Enkelkinder sowie eine Nichte verlor betonte, dass Liebe und Respekt Werte sind, die zu jeder Zeit gewinnen:

„Ich bin auf niemanden wütend. Die Welt hat genügend Platz für uns alle. Jeder Mensch, egal welcher Religion, welcher Ethnie und welcher Nation, findet hier für sich seinen Platz auf dieser Welt. Das einzige, was wir alle nicht vergessen dürfen ist unsere Schöpfung.“

DEMOGRAPHIE IN DEUTSCHLAND

Weniger Türken als gedacht in Deutschland

Zaman, 01.06.2013, Titelseite

Nach 20 Jahren wurde erstmals in Deutschland wieder eine Volkszählung durchgeführt. Gestern wurden die Ergebnisse präsentiert. Sowohl die gesamte Einwohnerzahl als auch die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer ist geringer als zuvor angenommen wurde.

Laut dem „Zensus 2011“ leben demnach 80,2 Millionen Menschen in Deutschland. Vorher wurde von 81,8 Millionen Menschen insgesamt ausgegangen.

Die Macher der Studie erlebten bezüglich der Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer die größte Überraschung: demnach leben nicht wie angenommen 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland, sondern 6,2 Millionen. Davon sind 2,7 Millionen Türken. Die Zahl der

Einwohner in Deutschland mit Migrationshintergrund beträgt insgesamt hingegen 15 Millionen.

Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, gab an, dass die geringere Einwohnerzahl vor der Untersuchung bereits vermutet wurde:

„Die größte Überraschung stellt die deutlich geringere Zahl der hier lebenden Ausländer dar. Insgesamt sind das 1,1 Millionen Menschen weniger als zuvor angenommen.“

Egeler erläutert, dass laut den Ergebnissen insgesamt 18,9 % der in Deutschland lebenden Einwohner einen Migrationshintergrund besitzen. 60% der Einwohner mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsbürger und 50% von ihnen sind bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen.

Eruiert wurde auch die Glaubenszugehörigkeit der Befragten für den Zensus. Egeler erklärt jedoch, dass viele der Befragten mit Migrationshintergrund keine Angaben zu dieser Frage machten.

Insgesamt sind 66,8% laut der Erhebung Christen. Das Statistische Bundesamt behält sich jedoch weitere Angaben zu diesem Bereich vor. Dazu müssen noch weitere Daten ausgewertet werden, so der Präsident.

Den Statistiken zufolge haben in einigen Städten bereits bis zu 50% der Einwohner migrantische Wurzeln. Dazu gehören Offenbach mit 49%, Frankfurt mit 42,7% und Stuttgart mit 38,6%. In Dortmund und Duisburg beläuft sich die Zahl auf ca. 30%.

Lediglich in den sogenannten neuen Bundesländern, also Ostdeutschland, ist die Zahl der Einwohner mit Migrationswurzeln gering.

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT

Islamischer Religionsunterricht in NRW etabliert sich

Zaman, 23.05.2013, S. 5

Der Lehrplan des Islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen, welches in Kooperation zwischen der Universität Münster und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung ausgearbeitet wurde, ist während einer Veranstaltung an der Münsteraner Universität am Zentrum für Islamische Theologie nun offiziell bekannt gegeben worden.

Die nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung Silvia Löhrmann (Grünen) erklärte, dass es zwar nicht einfach gewesen sei, den Unterricht bis zu seiner Durchführung zu bringen, da sich die Umsetzung mit gesellschaftlichen und politischen Hindernissen konfrontiert sah. Im Grundgesetz jedoch ist das Recht auf Religionsunterricht festgeschrieben. Löhrmann betonte, dass dieses Recht für alle zu gelten hat und sie aus diesem Grund, trotz all der vorherigen Zweifel, den Religionsunterricht ins Leben gerufen haben und zum gegenwärtigen Zeitpunkt hunderte muslimische

Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Die Ministerin erklärte, dass im kommenden Schuljahr die Anzahl der zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler gesteigert werden soll.

Neben den Grundschulen sollen sowohl die fünften bis zehnten Klassen unterrichtet werden können. Für den Islamischen Religionsunterricht wurde, so die Ministerin, ein Beirat gegründet: „Dieser Beirat ist unabhängig vom Ministerium. Das ist uns sehr wichtig, da es uns gegenüber von einigen Seiten Vorurteile gibt, dass wir eine Art Staatsislam entwickeln wollten. Somit ist bewiesen, dass es keinen Grund für derlei Vorurteile gibt.“

Der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie, Prof. Dr. Mouhanad Khorchide erklärte, dass eine Vielzahl der muslimischen Schülerinnen und Schüler ihr Wissen über den Islam in den Moscheen erhielten.

Khorchide betonte, dass das Ziel ist, Kooperationsmodelle hinsichtlich der Bildung der Schülerinnen und Schüler mit den Moscheegemeinden auszuarbeiten. „Es geht nicht darum“, so der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie weiter, „die Religionsbildung und Wissensvermittlung an den Moscheen für wichtig zu erklären.“

Khorchide unterstreicht, dass im islamischen Religionsunterricht vor allem theoretische Aspekte, die eine untergeordnete Rolle spielten, in Zukunft stärker betont werden.

FRANKREICH: PREIS FÜR MUSLIMISCHES GYMNASIUM

Frankreichs bestes Gymnasium ist muslimisch

Sabah, 24.05.2013, S. 13

Das Averroes-Gymnasium (Ibn Rushd) wurde vom französischen Bildungsministerium zum erfolgreichsten Gymnasium 2012 gewählt. Die Abiturienten des Averroes-Gymnasiums sind eine der erfolgreichsten Absolventen landesweit. Makhlof Memeche vom Averroes-Gymnasium erklärt, dass vor allem die gute und sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften, den Eltern und den Schülern, den Erfolg der Schülerinnen und Schülern ausmacht.

Am Averroes-Gymnasium ist die Teilnahme am Schulunterricht für Schülerinnen, die ein Kopftuch tragen, frei. Zwei Mal in der Woche findet das Fach „Islamische Ethik“ statt, welches ein Wahlfach ist.

GROSSBRITANNIEN

Blairs provokative Äußerungen

Hürriyet, 03.06.2013, S. 13

Der ehemalige britische Premierminister hat sich im Zusammenhang mit der von radikalen Muslimen verübten Ermordung des Soldaten Lee Rigby in der ‚Mail on Sunday‘ in einem von ihm verfassten Artikel geäußert.

Tony Blair erklärte, dass es „ein Problem im Islam“ gibt. Der ehemalige Premierminister schreibt weiter: „Offensichtlich ist der Islam Teil des Problems. Natürlich gibt es auch im Christentum, im Judentum und im Buddhismus Radikale. Allerdings handelt es sich im Islam nicht nur um einige wenige Radikale. Diese Einstellung verträgt sich nicht mit pluralistischen, liberalen und offenen Gesellschaften und besitzt einen deutlich stärkeren Einfluss als gedacht. Die Vertreter dieser Weltanschauung sind Terroristen. Wir scheuen uns jedoch davor, diese Tatsache zu formulieren und ignorieren sie.“

Blairs Äußerungen riefen eine breite Kritik in Großbritannien hervor. Die Kritiker des ehemaligen Premierministers wiesen darauf hin, dass er es war, der Großbritannien in den Krieg gegen den Irak führte und damit einen wesentlichen Beitrag für radikale Islamisten geleistet hat.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.